

(24.08.2017. –07.09.2017)

Grüner Pressespiegel

Karin Müller, MdL

07.09.2017 - Verkehrswende: Emissionsfreier ÖPNV bis 2022: ESWE-Pläne setzen Maßstäbe

Aus Sicht der GRÜNEN im Landtag spielen die Kommunen eine zentrale Rolle für die Verkehrswende hin zu einer Mobilität, die mehr Freiheit und mehr Lebensqualität bringt und gleichzeitig Umwelt und Klima schont. „Die Landesregierung tut sehr viel dafür, dass Hessen zum Vorzeigeland für nachhaltige Mobilität wird. Dabei, ob mehr Förderung, gezielte Beratung und bessere Rahmenbedingungen Erfolg haben, kommt den kommunalen Verkehrsbetrieben und Stadtwerken eine entscheidende Rolle zu – und nach dem, was ich heute in Wiesbaden gesehen habe, füllt die ESWE Verkehrsgesellschaft mbH diese Rolle vorbildlich aus“, erklärt Karin Müller, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Karin Müller ließ sich heute bei ESWE Verkehr in Wiesbaden die Pläne des städtischen Unternehmens erläutern, das bis 2022 als erste Stadt in Deutschland komplett auf emissionsfreie Fahrzeuge umstellen will.

„Wer in Bus oder Bahn steigt, ist bereits jetzt weit klima- und umweltfreundlicher unterwegs, als wenn er allein im Auto durch die Straßen kutschiert“, erläutert Müller. „Wenn die öffentlichen Verkehrsmittel auch noch energieeffizienter und emissionsfrei werden, sind sie noch sauberer. Die ESWE will mit einem Drei-Säulen-Modell – Elektro-Busse, Wasserstoff-Busse und der Bau der CityBahn – erreichen, dass ihre Fahrzeuge 2022 keine Abgase mehr in die Luft blasen. Das wäre nicht nur für die Wiesbadenerinnen und Wiesbadener und alle Gäste der Kurstadt ein wichtiger Schritt zu mehr Lebensqualität, sondern auch ein großer Beitrag im Kampf gegen die Klimakatstrophe. ESWE Verkehr setzt damit Maßstäbe, auch gegen die Belastung der Innenstädte durch Stickoxide, die leider auch in Wiesbaden zurzeit über den Grenzwerten liegt. Bislang tragen Diesel-Busse dazu leider noch viel zu viel bei.“

„Hessen ist das erste Bundesland, das die Umrüstung auf E-Busse fördert, mit fünf Millionen Euro sowohl im laufenden Jahr als auch 2018 und 2019. Verkehrsminister Al-Wazir hat zudem angekündigt, für den Doppelhaushalt 2018/19 die weiteren Mittel zur Förderung der Elektromobilität von 2,3 Millionen Euro im laufenden Jahr auf 6,9 (2018) und 6,8 (2019) Millionen aufzustocken. Das GRÜN geführte Wirtschaftsministerium unterstützt außerdem zusammen mit der EU und der Bundesregierung den Testbetrieb von Wasserstoffbussen in Wiesbaden, Frankfurt und Mainz. Auch die Planungen für die

CityBahn, die erste Straßenbahnstrecke in der Landeshauptstadt, werden von der Landesregierung unterstützt.“

Geschäftsführer Frank Gäfgen bedankte sich im Namen der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH für das Vertrauen, das der Bund und das Land in das Unternehmen setzten: „Nur Dank der Bereitstellung der Fördermittel wird es uns möglich sein, unser Pilotvorhaben des emissionsfreien ÖPNV 2022 in diesem ambitionierten Zeitplan umzusetzen.“

Karin Müller, MdL

06.09.2017 - Doppelhaushalt 2018/19: Land investiert im Justiz-Etat besonders in Opferschutz und Prävention

Die GRÜNEN im Landtag begrüßen den Doppelhaushalt 2018/19 für den Justizbereich, den Ministerin Eva Kühne-Hörmann heute vorgestellt hat. „Wir freuen uns, dass mit den in den kommenden beiden Jahren beschlossenen Schritten das Justizaufbauprogramm konsequent fortgeführt wird. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf den wichtigen Bereichen Opferschutz und Prävention, unter anderem durch weitere Häuser des Jugendrechts“, erklärt Karin Müller, rechtspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Das stärkt den Rechtsstaat insgesamt und ist ein wichtiger Beitrag für die Sicherheit. Denn jeder Euro, der in Prävention gesteckt wird, ist gut investiert. Und um die wertvolle Arbeit der hessischen Opferhilfe-Vereine noch besser zu unterstützen, soll ihre Förderung um 100.000 Euro erhöht werden. Weitere 100.000 Euro sollen explizit in Projekte zum Schutz häuslicher Gewalt fließen.“

„Die bestehenden drei Häuser des Jugendrechts, davon zwei in Frankfurt und eines in Wiesbaden, sind ein Erfolgsmodell. Mit der Umsetzung von zwei weiteren Häusern, eines in Offenbach und ein weiteres in Frankfurt, hat die Landesregierung begonnen“, so Müller weiter. „Diese Häuser helfen – gerade in Problembezirken – durch die enge Zusammenarbeit von Polizei, Jugendhilfe und Fachstaatsanwaltschaft, schon im Vorfeld von Gerichtsverhandlungen viele Probleme auszuräumen. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit liege in der Prävention. Die Jugendlichen erhalten auch Hilfsangebote, um Wiederholungstaten möglichst zu vermeiden. Mit dem Doppelhaushalt 2018/19 stehen nun Mittel und Stellen für zwei weitere Häuser des Jugendrechts zur Verfügung. Geplant sind außerdem virtuelle Häuser des Jugendrechts als Pilotprojekt, um auch den ländlichen Raum abzudecken.“

„Auch personell stärken wir die Justiz weiter. Insgesamt 224 neue Stellen helfen, die Überlastung bei den Verwaltungsgerichten zu reduzieren. Und außerdem soll die Bekämpfung von Cybercrime verstärkt werden. Durch neue Stellen bei der Zentralstelle zur Bekämpfung von Internetkriminalität (ZIT) reagiert die Landesregierung auf die neuen Herausforderungen der digitalisierten Welt.“ Ein weiteres Augenmerk liegt auf dem Ausbau des modernen Strafvollzugs: „In diesem Bereich sieht der Doppelhaushalt einen Etat von 5,52 Millionen Euro für 2018 und 4,57 Millionen Euro für 2019 vor. Hiermit soll insbesondere in die Gesundheitsversorgung der Inhaftierten sowie in die Ausbildungs- und Arbeitsbetriebe investiert werden. Zudem soll die muslimische Seelsorge in den Justizvollzugsanstalten, die ein essenzieller Baustein in der Arbeit gegen Radikalisierung ist, weiter verbessert werden.“

Karin Müller, MdL

31.08.2017 - Verkehrspolitik: Eine Viertelmillion Schülertickets schon nach zwei Monaten: Angebot für einen Euro am Tag ist ein großer Erfolg

Über den großen Erfolg des neuen hessischen Schülertickets schon wenige Wochen nach seiner Einführung freuen sich die GRÜNEN im Landtag: „Nach zwei Monaten ist bereits mehr als eine Viertelmillion Tickets verkauft. Dieser mehr als gelungene Start für das bundesweit einmalige Ticket belegt eindrucksvoll, dass wir ein Angebot geschaffen haben, das die Bedürfnisse der Familien trifft“, erklärt Karin Müller, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Das Schülerticket ist das beste Ticket, seit es Fahrkarten gibt!“

„Für einen Euro am Tag und 365 Euro im Jahr können die jungen Menschen einfach und bequem nicht nur zur Schule, sondern in ganz Hessen fahren – damit ist eine lange gehegte Forderung von Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden und Freiwilligendienstlern und übrigens auch uns GRÜNEN erfüllt“, so Müller weiter. „Vergleichbare Regelungen gab es bisher in manchen Landkreisen und Städten, aber noch nie für ein ganzes Bundesland, und schon gar nicht so einfach und günstig wie jetzt mit dem Schülerticket. Es erleichtert finanziell nicht so gut gestellten Familien die Entscheidung für den Besuch einer weiterführenden Schule, und es ermöglicht Kindern und Jugendlichen, selbstständig ihre Wege zu gestalten, ohne auf das Elterntaxi angewiesen zu sein. Verabredungen und Ausflüge sind schnell und kostengünstig organisiert.“

„Damit setzen wir auch ein Zeichen für die Zukunft der Mobilität. Einfach einsteigen und losfahren, egal wann, egal wo in Hessen: Das ist nicht nur gut für den Geldbeutel, sondern auch gut für unser Klima. Bereits jetzt ist es für viele junge Menschen nicht mehr so wichtig, ein Auto zu besitzen, sie freuen sich mit Car

Sharing und Öffentlichem Nahverkehr an. Das Schülerticket, das die Wahl von Buss und Bahn erleichtert, wird hoffentlich viele weitere überzeugen, dass Bewegungsfreiheit auch ohne eigenes Auto möglich ist. Das ist gut fürs Klima und hilft, die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Wie nötig das ist, können wir gerade wieder besichtigen: Extremwetterereignisse wie Hurrican Harvey werden durch die Aufheizung der Erde häufiger. Wir müssen diese Entwicklung aufhalten – und dazu ist das kleine Schülerticket in der Tasche ein großer Beitrag.“

Grüne Jugend Kassel

31.08.2017 - Ändert das System, nicht das Klima!

Die Grüne Jugend Kassel macht heute im Rahmen einer Foto-Aktion auf die Klimakrise aufmerksam. "Auch, wenn sich die öffentliche Debatte gerade auf andere Dinge fokussiert: Der Klimawandel ist und bleibt die größte Bedrohung für das Leben auf diesem Planeten.", so Gesine Graw, Sprecherin der Grünen Jugend Kassel. "Wir werden die erste Generation sein, die die volle Wucht dieser Krise spüren wird. Mit Generationengerechtigkeit hat die momentane Klimapolitik so gar nichts zu tun."

Dabei sind wir die letzte Generation, die noch die wesentlichen Auswirkungen des Klimawandels ändern kann. In den letzten Jahren wurde dieses Fenster jedoch von der Bundesregierung kontinuierlich weiter geschlossen. "Wenn in der nächsten Legislaturperiode wieder nur Stillstand in der Klimapolitik herrscht, haben wir alle bald ein riesengroßes Problem", so Niklas Gudorf, Sprecher der GJK.

Am 1. September lädt die Grüne Jugend Kassel deshalb ab 15 Uhr alle Mitstreitenden für den Klimaschutz zu einer Foto-Aktion am Opernplatz in der Kasseler Innenstadt ein. Mit einer großen Weltkugel können sich Passierende fotografieren lassen und so ein kollektives Zeichen für mehr klimapolitisches Engagement in der nächsten Bundesregierung setzen.

Karin Müller, MdL

29.08.2017 - Regierungserklärung des Verkehrsministers: Hessen ist Vorreiter für eine zukunftsfähige und nachhaltige Mobilität

Aus Sicht der GRÜNEN im Landtag ist Hessen auf einem guten Weg, zum Vorzeigeland für nachhaltige Mobilität zu werden. „Wir bringen Klimaschutz und ein hohes Maß an Mobilität zusammen“, kommentiert Karin Müller, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die heutige Regierungserklärung von Verkehrsminister Tarek Al-Wazir. „Unter anderem hat der Minister heute – zusätzlich zu vielen bereits eingeleiteten Schritten – eine deutlich stärkere Unterstützung der E-Mobilität angekündigt und beschrieben, wie die Umrüstung von öffentlichen Bussen vorankommen soll. Das zeigt: Wir

wissen, wir die Mobilität von morgen aussieht, und arbeiten kontinuierlich daran. Damit schaffen wir mehr Lebensqualität, während andere über Staus nur lamentieren oder nach neuen Straßen rufen.“

„Dass die Energiewende nötig ist, um die Klimakatstrophe aufzuhalten, bestreitet außer Donald Trump und der FDP schon längst niemand mehr“, so Müller weiter. „Dazu brauchen wir auch im Verkehrssektor eine andere Politik, denn der ist in Hessen an mehr als einem Drittel der Kohlendioxid-Emissionen schuld. Auch die Grenzwerte für Stickoxide sind weder vom Himmel gefallen noch eine Erfindung der GRÜNEN, wie die Freifahrtspartei FDP gern suggeriert, sondern sie wurden auf EU-Ebene verbindlich festgelegt, um die Gesundheit der Menschen zu schützen. Dass diese Werte eingehalten werden, ist einklagbares Recht. Dass FDP-Chef Lindner allen Ernstes vorschlägt, man solle sie doch einfach ‚später im Sinne eines langsamen Sinkflugs‘ anpeilen, ist eine politische Bankrotterklärung.“

„Die Mobilität von heute und erst recht von morgen ist nicht mehr auf ein Verkehrsmittel fokussiert. Insbesondere für die Menschen in den Ballungsräumen ist multimodaler Verkehr Alltag, also der Wechsel zwischen den Verkehrsmitteln: Das Handy wird zum Zündschlüssel für das Car-Sharing-Auto – ein Baustein in der Wegekette, kein Statussymbol mehr, das man besitzen muss. Auf manchen Strecken sind Fahrrad oder Fußweg, auf anderen Busse und Bahnen und meist Kombinationen die klügste Wahl. Das ist längst die Realität, und die Menschen erwarten zurecht, dass die Politik die optimalen Rahmenbedingungen dafür schafft. Daran arbeiten wir in Hessen erfolgreich: Im Bereich Straßenbau gilt der Grundsatz Erhalt und Sanierung bestehender Strecken statt Neubau von Straßen. Für Busse und Bahnen steht so viel Geld zur Verfügung wie noch nie. Mit dem Schülerticket und der Freifahrtregelung für alle Landesbeschäftigten erhalten viele Menschen einen bequemen Zugang zu hessenweitem ÖPNV. Die AG Nahmobilität bündelt Expertenwissen, und die Nahmobilitätsstrategie des Landes zeichnet wichtige Schritte vor, damit Hessen vorankommt, in Zukunft immer stärker auch mit Hilfe digitaler Mittel. Denn wir wollen, dass die Menschen in Hessen bequem, stressfrei und gesund von A nach B kommen.“

Ortsbeirat Unterneustadt

29.08.2017 - Aus Kohl-Platz wird nichts“

Folgende Gründe führten zum Beschluss des OBR Unterneustadt, dem CDU Vorschlag zur Umbenennung des Platzes der deutschen Einheit nicht zu folgen und keinen Benennungsvorschlag zu beschließen:

Erstens: Die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten wurde durch den persönlichen Mut und die Entschlossenheit der Bürger in der DDR erkämpft, die

mit Demonstrationen gegen den massiven Einsatz des realsozialistischen Unterdrückungsapparates der so genannten Staatssicherheit und gegen den drohenden Einsatz der Sowjetarmee auf die Straße gingen. Sie haben die Öffnung der Grenze zu Westdeutschland erzwungen und damit faktisch Deutschland geeint. Helmut Kohls Verdienst liegt ohne Zweifel in seinem beispielhaften Einsatz für die völkerrechtliche Anerkennung der Revolution in der DDR und den so ausgelösten Einigungsprozess Deutschlands. Dafür gilt ihm Anerkennung, der aus Sicht des OBR mit einer Gedenkplatte oder Ähnlichem auf dem PdE gedacht werden soll.

Zweitens: Die schwarzen Wahlspendekassen der CDU wurden von Helmut Kohl bis zu seinem Tod nicht offen gelegt. Einen Bundeskanzler zu ehren, die wesentlich Recht und Gesetz bricht und sich seiner rechtstaatlichen Verantwortung bis zum Tod entzieht, sollte nach Ansicht des OBR nicht mit einer Platzbenennung ausgezeichnet werden.

Drittens: Der OBR Unterneustadt hat schlechte Erfahrungen gemacht mit seinem, durch die Hessische Gemeindeordnung gedeckten, Vorschlagsrecht zur Benennung öffentlicher Orte. Der Umgang des Kasseler Magistrats mit dem Namen des ehemaligen Nazis und SPD Oberbürgermeister Karl Branner mit der Aberkennung des Namens Karl-Branner-Seitenhalle im Rathaus und der Beibehaltung des Brückennamens über die Fulda ohne Beachtung der gemeinsamen und gleich lautenden Beschlussempfehlung durch die OBR Mitte und Unterneustadt, lassen das Gremium zweifeln an den Mitwirkungsrechten bei Benennungsfragen in unserer Stadt.

In der Summe und in Abwägung der genannten Gründe kam der OBR Unterneustadt zu dem gemeinsamen Vorschlag des Gedenkens für Helmut Kohl auf dem Platz der deutschen Einheit.

Karin Müller, MdL, KV Kassel-Stadt & KV Kassel-Land

24.08.2017 - Beitragsfreie Kindergärten: Familien in Kassel und dem Landkreis können sich über Ausbau der Plätze, bessere Qualität der Betreuung und finanzielle Entlastung freuen

Sprecherin der Kasseler Grünen, Vanessa Gronemann sowie die Sprecherin der Landkreis GRÜNEN, Susanne Regier freuen sich sehr, dass ab dem 1. August 2018 Kindergärten in Hessen beitragsfrei sein werden. „Das ist eine tolle Nachricht für alle Familien mit Kindern, auch in Kassel und dem Landkreis.“ Dazu Karin Müller, zuständige Abgeordnete der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag. „Für Familien wird es hessenweit in Zukunft einfacher, Familie und Beruf zu vereinbaren. Die Beiträge fallen schon ab dem ersten Kindergartenjahr weg, ohne dass die Eltern dafür etwas tun müssen. Wir entlasten Familien dadurch um bis zu 5.000 Euro pro Kind über die gesamten drei Jahre der Kindergartenzeit und verlängern die

kostenfreie Betreuungszeit auf sechs Stunden. Familienleben mit Kindern wird damit günstiger und unkomplizierter.“

„Neben weiteren Investitionen und Verbesserungen bei Quantität und Qualität in der Kinderbetreuung, ist die Beitragsfreiheit jetzt ein weiterer Meilenstein für Familien in Hessen. Der grüne Dreiklang – Ausbau von Betreuungsplätzen, Verbesserung der Qualität der Betreuung und Kostenentlastung – geht damit konsequent in seinen nächsten Schritt“, so Müller. „Wir GRÜNE wollen, dass der Kindergartenplatz, auf den Eltern einen Anspruch haben, qualitativ hochwertig ist und Eltern finanziell nicht zu sehr belastet. Mit der Beitragsfreistellung und den Investitionen in den Ausbau und Qualität der Plätze ist der Landesregierung mit grüner Beteiligung eine große Verbesserung für alle hessische Familien gelungen.“

Hintergrund:

Die hessische Landesregierung aus CDU und GRÜNEN hat heute verkündet, dass ab dem 1. August 2018 alle drei Kindergartenjahre für sechs Stunden am Tag beitragsfrei sein werden. Zur Finanzierung der Beitragsfreiheit stehen im Doppelhaushalt 2018/2019 Mittel in Höhe von insgesamt 440 Millionen Euro zur Verfügung. Zusätzlich sind für die Jahre 2018/19 weitere 50 Millionen für die Verbesserung der Qualität vorgesehen, ab 2020 sogar jährlich. Durch vom Bund bereit gestellte 86 Millionen Euro kann der Ausbau der Betreuungsplätze in Hessen weiter steigen. Außerdem werden den Kommunen ab August 2018 für das erste und zweite, wie bereits vorher für das dritte Kindergartenjahr finanzielle Mittel über den Kommunalen Finanzausgleich (KFA) zur Verfügung gestellt. Diese werden zu 50 Prozent aus reinen Landesmitteln finanziert.